

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Zum Denken und Fühlen ..

gäbe es zu Beginn dieses Jahres 2015 in Europa und der Welt so viel, dass es dann doch in eine sehr subjektive Kommentierung Ihrer Europabeauftragten enden würde. Da dies nicht der Sinn des Newsletters ist, beschränke ich mich darauf, allen Leserinnen und Lesern von Herzen ein gutes und gelingendes Neues Jahr zu wünschen.

Vielleicht biete ich Ihnen in Ergänzung dazu einen politischen Wunsch meinerseits an: Ich wünsche mir, die Bürger Europas würden sich ihrer eigenen Geschichte, Kultur, Religionen und Werte wieder mehr bewusst werden. Nur dann können wir die Spannung zwischen Freiheit und Anstand, Recht und der Achtung des Heiligen neu gestalten und aushalten.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das gilt für unsere eigene Würde (so wir sie noch haben und für sie einstehen wollen!) wie die der anderen. Dazwischen liegen gute Politik, gute Ethik und gute Religion. Mögen wir diese drei . vielleicht mit einer deutlich mutigeren FDP . wieder mitgestalten können.

Europäischer Rat

Lettische Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2015

Zum 01.01.2015 hat Lettland die halbjährlich wechselnde Ratspräsidentschaft übernommen und löst damit Italien ab. Lettland

will sich während seiner Ratspräsidentschaft strategisch auf die drei Themen "wettbewerbsfähiges Europa", das "digitale Europa" sowie ein "engagiertes Europa" konzentrieren. Zum 01.07.2015 wird Luxemburg dieses Amt übernehmen.

<https://eu2015.lv/de/>

Europäische Kommission

Das neue Arbeitsprogramm der Kommission

Die Europäische Kommission hat am 16.12.2014 das Arbeitsprogramm für das Jahr 2015 vorgelegt. Es werden 23 neue Initiativen angekündigt, die vor allem mehr Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen bringen sollen.

Zu den 23 Initiativen zählen insbesondere:

- Investitionsoffensive für Europa (legislativ) mit Einrichtung eines Fonds für strategische Investitionen (ESIF), der Förderung der Zusammenarbeit mit den nationalen Förderbanken und die Verbesserung des Zugangs von KMU zu Finanzmitteln, Nr. 1
- Förderung der Integration und der Vermittelbarkeit aus dem Arbeitsmarkt (legislativ/nicht-legislativ), Nr. 2
- Paket für den digitalen Binnenmarkt (legislativ/nicht-legislativ); u.a. sollen Verbraucher grenzüberschreitenden Zugang zu digitalen Diensten haben; es sollen gleiche Ausgangsbedingungen für Unternehmen geschaffen werden, Nr. 4
-





- Strategischer Rahmen für die Energieunion (legislativ/nicht-legislativ) mit einem überarbeiteten Emissionshandelsystem für die Zeit nach 2020, Nr. 5
- Binnenmarktstrategie für Waren und Dienstleistungen (legislativ/nicht-legislativ) mit Maßnahmen zur Anerkennung und Standardisierung in wichtigen Industrie- und Dienstleistungssektoren, Nr. 7
- Europäische Migrationsagenda (legislativ/nicht-legislativ) mit dem Ziel der Einführung eines neuen Konzepts für die legale Migration; Überarbeitung der „Blue Card-Richtlinie“ der EU-weiten Arbeitserlaubnis für Hochqualifizierte, Nr. 18

Die KOM will 80 existierende Legislativvorschläge zurückziehen oder überarbeiten.

Zum Arbeitsprogramm mit Annexen im Infopoint gelangen Sie hier:

<http://infopoint.ltg.hessen.de/websites/subsidiary/Lists/Vorgnge/DispForm.aspx?ID=2831>

Zur PM der KOM:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-2703_de.htm

TTIP-Textvorschläge öffentlich

Die EU-Kommission hat am 7. Januar Dokumente der Verhandlungen zum TTIP, dem Transatlantischen Freihandelsabkommen zwischen EU und USA, im Internet veröffentlicht. Dabei handelt es sich um eigene Vorschläge der EU. Die Kommission verhandelt für die EU mit US-Vertretern

über das Abkommen. Die verfügbaren Dokumente werden auf dieser Internet-Seite zur Verfügung gestellt. Damit hat die EU-Behörde auf die wiederholte Kritik reagiert, das Freihandelsabkommen mit den USA würde nicht transparent genug verhandelt.

Neue Mehrwertsteuer (MwSt.)-Regeln in Kraft getreten

Am 01.01.2015 sind neue MwSt.-Regelungen für Telekommunikations-, Rundfunk- und Fernsehdienstleistungen sowie elektronisch erbrachte Dienstleistungen in Kraft getreten. Die Neuerungen besagen, dass die obengenannten Dienstleistungen immer im Land des Dienstleistungsempfängers besteuert werden sollen. Wirtschafts- und Währungskommissar Pierre Moscovici, erklärte dazu, dass viele Mitgliedsstaaten sehen würden, dass ihre MwSt.-Einnahmen steigen, da diese nicht mehr wie bisher an steuergünstige Mitgliedsstaaten gehen, in denen große E-Commerce-Firmen saßen.

http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/vat/how_vat_works/telecom/index_de.htm

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12974_de.htm

Unterstützung für die Ukraine

Am 08.01.2015 schlug die Kommission vor, die Ukraine mit weiteren 1,8 Mrd. EUR im Rahmen der von der EU gewährten Makrofinanzhilfe zu unterstützen. Diese Hilfe ist ein Instrument, mit dem die EU benachbarte Partnerländer mit schweren Zahlungsbilanzproblemen unterstützen kann.

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12985_de.htm

Ausschuss der Regionen

Im Rat für Allgemeine Angelegenheiten wurde in der Sitzung am 16.12.2014 eine Einigung über die künftige Zusammensetzung des Ausschusses der Regionen erzielt. Die neue Mandatsperiode des AdR wird am 26.01.2015 beginnen. Ein Einvernehmen der Mitgliedstaaten war insbesondere vor dem Hintergrund erforderlich geworden, dass die aktuelle Zusammensetzung von 353 vertragswidrig geworden wäre; 350 ist danach die zulässige Höchstzahl. Luxemburg, Zypern und Estland werden jeweils einen Sitz abgeben, um die Gesamtzahl zu reduzieren. Deutschland behält wie bisher 24 Sitze. In einer gesonderten Erklärung für das Ratsprotokoll erklärten die Delegationen aus Frankreich, Deutschland und dem Vereinigten Königreich, dass sie das Einvernehmen zwar begrüßen, jedoch daran erinnern, dass sie die derzeitige Aufteilung der Anzahl der Sitze auf die Mitgliedstaaten für nicht zufriedenstellend halten. Die kommende Neubesetzung des AdR im Jahr 2020 solle daher sorgfältig geprüft werden. Die großen Mitgliedstaaten hatten in den vorangegangenen Diskussionen stets eine Sitzverteilung des AdR gefordert, die sich am Kriterium der demografischen Entwicklung orientiert.

Europäisches Parlament

Neuer Vorstoß zur Vereinfachung von EP-Plenarsitzungen

Die Ausschussvorsitzenden im Europäischen Parlament haben einen neuen Vorstoß unternommen, Brüssel zum alleinigen Standort des EP zu machen. Mit dem Beschluss, einen Initiativbericht zur Standortfrage ins EP einzubringen, wollen sie die monatlichen Reisen von Brüssel nach Straßburg vermeiden. Laut einer Schätzung des Europäischen Rechnungshofs könnte das EP 114 Milliarden Euro jährlich einsparen, wenn es auf die Reisen nach Straßburg verzichten würde.

Eine ähnliche Initiative gab es bereits 2011, als die Abgeordneten eine Plenartagung pro Jahr in Straßburg ganz strichen und zwei weitere verkürzte Plenartagungen in die gleiche Woche legen wollten. In seinem Urteil vom 13. Dezember 2012 (C-237/11 und C-238/11) erklärte der EuGH auf einen Antrag Frankreichs die entsprechenden Beschlüsse des EP für nichtig, da das EP nicht den Beschluss der Mitgliedstaaten über den Sitz des Parlaments verändern kann. Diesbezüglich wären nur die Mitgliedstaaten in der Lage, Änderungen vorzunehmen. Der aktuelle Vorstoß zielt darauf ab, eine Vertragsänderung nach Art. 48 EUV zu ermöglichen, um das Parlament über seinen Sitz entscheiden zu lassen.



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Finanzen

LIT führt EUR ein

Litauen hat am 01.01.2015 als 19. Mitgliedsstaat der EU den EUR eingeführt. Damit verfügen nun rund 337 Mio. Europäer, 15 Jahre nach Einführung des EUR im Jahr 1999, über eine einheitliche Währung.

Mit dem Beitritt Litauens zum Eurosystem gibt es auch eine Veränderung im Entscheidungsfindungsmechanismus der EZB. Denn die Erweiterung des Eurosystems führt zu einer wachsenden Anzahl von Entscheidern im obersten Entscheidungsgremium, dem EZB-Rat. Um die Handlungsfähigkeit sicherzustellen, hatte der EZB-Rat 2002 eine Veränderung der Abstimmungsmodalitäten beschlossen, wenn die Eurozone mehr als 18 Mitglieder umfasst. Im EZB-Rat tritt daher nun das Rotationssystem der Stimmrechte in Kraft. Es rotieren dabei die Stimmrechte der nationalen Zentralbankpräsidenten. Die sechs Mitglieder des Direktoriums sind davon nicht betroffen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-2860_de.htm?locale=en

Verwendung von Ratings

Der Gemeinsame Ausschuss der drei Europäischen Aufsichtsbehörden für Banken, Wertpapiere und Versicherungen EBA, ESMA und EIOPA, veröffentlichte am 23.12.2014 ein gemeinsames Diskussionspapier zur Verwendung von externen Ratings durch Finanzintermediäre in der EU

und eröffnete dazu eine bis 27.02.2015 terminierte Konsultation. Ziel ist es, Leitlinien zu erstellen, mit deren Hilfe das übermäßige Vertrauen auf externe Ratings reduziert werden soll. Das Diskussionspapier richtet sich in erster Linie an Banken, andere Finanzinstitute und Finanzintermediäre und enthält Fragen zu ihrem Umgang mit externen Ratings in den Fällen, in denen das bestehende Regelwerk keine entsprechenden Vorgaben enthält. Die Antworten sollen zusammen mit einem wissenschaftlichen Gutachten im zweiten Quartal 2015 in den ersten Entwurf von möglichen Leitlinien einfließen.

<http://www.eba.europa.eu/documents/10180/937676/JC+DP+2014+01+-+Discussion+Paper+on+Use+of+Credit+Ratings+by+Financial+Intermediaries.pdf>

Auswahl und Redaktion:



Dagmar Weiner

Europabeauftragte der FDP Kreis Offenbach

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

